



## Bundesregierung will keine Gleichstellung

Bundesregierung will keine Gleichstellung  
Zur Weisung der Bundeskanzlerin, eine dauerhafte Sperrminorität im Rat gegen den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer Geschlechterquote in großen börsennotierten Unternehmen zu organisieren, erklären die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl und Kerstin Giese: Ausgerechnet in der Woche des Internationalen Frauentags am 8. März wird klar, dass die Kanzlerin keine moderne Gleichstellungspolitik will. Die offizielle Begründung der Bundesregierung, das Subsidiaritätsprinzip sei nicht gewahrt, ist nur ein Vorwand. Die Regierung drückt sich auch auf nationaler Ebene vor wirksamen Maßnahmen zur Schaffung von Chancengleichheit. Sie hat hierzu keinerlei Maßnahmen ergriffen. In der kommenden Woche stehen sowohl der Bundesratsentwurf als auch der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Einführung von Geschlechterquoten in Unternehmen auf der Tagesordnung des Rechtsausschusses im Bundestag. Wir warten auf ein Machtwort, Frau Merkel.  
SPD Bundesgeschäftsstelle  
Wilhelmstraße 141  
10963 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 25991 0  
Telefax: 030 28090-507  
URL: <http://www.spd.de>

### Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

### Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)  
Zukunftsgerecht in Europa  
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....